

Wir machen unsere Gemeinden smarter

Städte und Gemeinden sollen für die Bürgerinnen und Bürger schnell, einfach und effizient agieren. In der Digitalisierung und einer engeren interkommunalen Zusammenarbeit liegen dafür große Potenziale. Für uns Freie Demokraten ist klar: Die Gemeinden in NRW sollen smarter werden – von der Verkehrssicherheit, über die Straßenbeleuchtung bis hin zum Abwassermanagement. Daher wird die Landesregierung aufgefordert, Smart-City-Lösungen einzuführen. Zudem soll das Land ein „Shared Service Center“ für Kommunen aufbauen. Das Center soll Ansprechpartner sein für Kommunen, die erstmals eine Smart-City-Lösung bei sich umsetzen wollen. Außerdem soll das Portal „Interkommunales.NRW“ der Kommunalen Spitzenverbände unterstützt werden. Aus bereits bestehenden einzelnen Förderprogrammen muss die Landesregierung ein Förderpaket „Smart City“ zusammenstellen. Dafür sollen die zahllosen kleinen Förderprogramme überprüft, breiter aufgestellt und zusammengeführt werden.

» [Link zum Antrag](#)

Chaos im Schienenpersonennahverkehr verhindern

Während für das Jahr 2023 eine Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs und öffentlichen Personennahverkehrs für Erste sichergestellt wurde, gibt es für das Jahr 2024 und die Folgejahre erhebliche Finanzierungslücken. Fest steht: Ohne klare Finanzierungszusagen der Landesregierung müssen Verkehre abbestellt oder ausgedünnt werden. Daher fordert die FDP-Landtagsfraktion die Landesregierung auf, eine auskömmliche Finanzierung des SPNV und ÖPNV in NRW für das Jahr 2024 zu gewährleisten. Zudem soll sich der NRW-Verkehrsminister als Vorsitzender der Verkehrsministerkonferenz der Länder für eine nachhaltige Finanzierung des ÖPNV-Ausbaus über das Jahr 2024 hinaus einsetzen. Im gleichen Verhältnis wie das Land zusätzliche Mittel vom Bund bekommt, sollen auch die Landesmittel für den ÖPNV erhöht werden.

» [Link zum Antrag](#)

NRW trauert um die Opfer der Erdbeben

Der Landtag trauert um die Opfer der verheerenden Erdbeben in Syrien und der Türkei und spricht den Hinterbliebenen seine tiefempfundene Anteilnahme aus. Wir sind den unzähligen Menschen in NRW dankbar für ihren enormen Einsatz. Weiter müssen Möglichkeiten geprüft werden, wie den Menschen geholfen werden kann, insbesondere durch humanitäre Hilfslieferungen, Unterstützungsmaßnahmen im Bereich Medizin oder Visaerleichterungen.

» [Link zum Antrag](#)



Solidarität mit der Ukraine ist ungebrochen

Am 24. Februar 2023 jährte sich der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Zu Beginn der Plenarsitzung am Mittwoch hat der Landtag seine Solidarität mit der Ukraine bekräftigt. Der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion Henning Höne sagte: „Wir stehen auf der Seite des Völkerrechts. Wir stehen an der Seite derjenigen, die für ihre Freiheit kämpfen. Wir stehen an der Seite der Ukraine.“ Nordrhein-Westfalen wird den Menschen, die vor dem Krieg fliehen, weiterhin eine Zuflucht bieten. Wir gewährleisten eine sichere Ankunft, Unterbringung und Versorgung.

» [Video: Rede von Henning Höne](#)

Grenzenlose Reisefreiheit

Die Corona-Pandemie hat Jugendliche besonders schwer getroffen. Sie mussten auf viele Chancen und Möglichkeiten verzichten, z. B. auf Reisen in andere Länder. Für uns Freie Demokraten ist klar: Nach dem Ende der Pandemie müssen wir die Tore in die Welt wieder weit aufstoßen! Die FDP-Landtagsfraktion setzt sich für eine Reisefreiheit für Jugendliche in Europa ein und fordert daher die Landesregierung auf, die Initiative der deutschen und französischen Regierung um das Élysée-Sommerticket zu unterstützen. Zudem soll das Land gemeinsam mit dem deutsch-niederländischen Jugendwerk eine ähnliche Initiative entwickeln und umsetzen. Zudem soll das Programm #AzubiGoEU weiterentwickelt werden.

» [Link zum Antrag](#)

Unterrichtsausfallstatistik ab sofort wieder erheben

Immer mehr Unterricht fällt in den Schulen in NRW wegen des Lehrermangels aus. Besonders die Grundschulen sind betroffen. Dem NRW-Schulministerium liegen allerdings keine Daten mehr zum ausfallenden Unterricht vor. Denn: Mit Beginn der Corona-Pandemie wurde die Erhebung der flächendeckenden Unterrichtsausfallstatistik ausgesetzt. Aus Sicht der Liberalen im Landtag besteht aber der sachliche Grund für das Aussetzen der Unterrichtsstatistik UntStat angesichts der sich entspannenden Corona-Lage nicht mehr. Die FDP-Landtagsfraktion fordert daher die Landesregierung auf, die Unterrichtsstatistik UntStat ab sofort wieder zu erheben und zu veröffentlichen. Zudem soll der erteilte und ausgefallene Unterricht lückenlos dokumentiert werden. Dabei soll das Berichtswesen effizienter und so schlank gestaltet werden, dass nur dringend notwendige Daten erhoben werden, aber Schulen dabei nicht unnötig belastet werden.

» [Link zum Antrag](#)

Nordrhein-Westfalen zur Deep-Tech-Fabrik machen

Der Chatbot ChatGPT gilt als großer Durchbruch in der Künstlichen Intelligenz und birgt enormes Potenzial. Diese in den USA erzielte Innovation steht in einem deutlichen Kontrast zu den jüngsten Meldungen über die Innovations- und Forschungsbedingungen in Deutschland. Die Verlagerung von Unternehmen wie Biontech oder Bayer ins Ausland ist ein Alarmsignal für den Innovationsstandort NRW. Für uns Freie Demokraten ist klar: NRW muss die Rahmenbedingungen für „Deep-Tech Made in NRW“ gestalten. Denn: Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wie hoch qualifizierte Arbeitsplätze und innovative Unternehmen ins Ausland abwandern. Die FDP-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung daher auf, die Anzahl der KI-Professuren in NRW zu verdoppeln. Zudem sollen im Dialog mit den Hochschulen neue Wege zur Besetzung von Lehrstühlen sowie zur Gewinnung von ausländischen Wissenschaftlern erprobt werden. Auch das Land soll sich auf Bundesebene für eine Ankerfinanzierung für die Initiative „Large European AI Models“ einsetzen. Bisher bürokratische und unterschiedliche Förderprogramme sollen in einem landeseigenen Risikokapitalfonds gebündelt und dann von erfahrenen Wagniskapitalgebern verwaltet werden.

» [Link zum Antrag](#)

„Sternenkinder“ verdienen Aufmerksamkeit

In Deutschland wird etwa jedes 230. Kind tot geboren. Nach den Daten des Statistischen Bundesamts gab es im Jahr 2021 3.420 Totgeburten und damit 4,3 Totgeburten je 1.000 Geborene. Trotz der Häufigkeit von Fehl- und Totgeburten ist die internationale Daten- und Forschungslage unzureichend. Die FDP-Landtagsfraktion setzt sich für die Verbesserung der Forschung und Unterstützung betroffener Eltern ein. Fest steht: Für viele Eltern ist eine Fehl- oder Totgeburt ein traumatisches Erlebnis mit oftmals langanhaltenden Folgen. Wir fordern die Landesregierung auf, ein einheitliches und verlässliches Leitsystem zu entwickeln, welches Eltern bei Fehl- und Totgeburten bereits frühzeitig bei der körperlichen und seelischen Nachsorge unterstützt. Zudem soll das Land gemeinsam mit den Krankenhäusern und medizinischen Fakultäten eine Strategie entwickeln, um die Ursachenforschung zu intensivieren.

» [Link zum Antrag](#)